

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1561/2011 zur Sitzung Stadtrat am 31.08.2011**

**Gemeinsame Resolution der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ödp/Freie Wähler:
Verwaltungsgerichtsstandort Mainz**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Mainz bringt zum Ausdruck, dass Mainz ein guter und ausgewiesener Standort für ein Verwaltungsgericht ist, der erhalten werden muss. In diesem Zusammenhang begrüßt der Stadtrat die Einsetzung einer Expertinnen- und Expertengruppe, die einer sachlichen Diskussion der Justizreform dient.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, sich bei der Expertinnen- und Expertengruppe für die Mainzer Interessen im Hinblick auf die Erfordernisse einer Landeshauptstadt, die Prozessanzahl und die Entfernung zu anderen Gerichtsstandorten im Sinne einer bürgernahen Justiz einzusetzen.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, über das Gesprächsergebnis im Stadtrat zeitnah zu berichten.

Dr. Andrea Litzenburger (CDU)
Oliver Sucher (SPD)
Ansgar Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walter Koppius (FDP)
Dr. Claudius Moseler (ödp/freie Wähler)